

"Kohle im Wettbewerb" in Süddeutsche Zeitung (20. August 1958)

Legende: Im August 1958 untersucht die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und demonstriert den Einfluss der Kohle- und Erdölimporte aus dem Ausland auf den heimischen Markt.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August. 20.08.1958, Nr. 199; 14. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"kohle_im_wettbewerb"_in_suddeutsche_zeitung_20_august_1958-de-54fa2d57-2519-42a6-922f-0eadbfd1c479.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Kohle im Wettbewerb

Von Elly Staegmeyr

Jahrelang war Kohle in der Bundesrepublik knapp. Inzwischen ist indessen aus dem Mangel an Kohle ein *Überfluß* geworden. An die 10 Millionen Tonnen liegen unverkauft auf den Halden, obschon seit Februar an manchen Tagen Kumpel unfreiwillig feierten. Was ist geschehen? In der Hochkonjunktur stieg der Energiebedarf sprunghaft. Der heimische Bergbau konnte ihn um so weniger decken, als ihn die Montanunionsverträge zu großen Auslandslieferungen verpflichteten. So mußte die Wirtschaft auf *Auslandskohle* vor allem aus den USA zurückgreifen. Diese, zunächst weit teurer, wurde seit dem Frachtensturz so billig, daß sich langfristige Verträge lohnten. Gleichzeitig drängte Heizöl zu ungewöhnlich niedrigen Preisen auf den deutschen Markt. Als sich dann die Räder der Wirtschaft langsamer drehten, wurde für den Bergbau statt der Förderung unversehens der Absatz zum großen Problem.

Hilfeheischend wandten sich Unternehmensverbände und Gewerkschaft an den Bundeskanzler. Konrad Adenauer wiederholte, was er schon früher versichert hatte, daß nämlich die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit sowie der Rentabilität des Steinkohlenbergbaues ein dringendes Anliegen der Bundesregierung ist. Die Interessen der einzelnen Energieträger sollten sorgsam aufeinander abgestimmt werden. Nach dieser Erklärung fuhr der Kanzler in Urlaub. Was praktisch geschehen soll, blieb Besprechungen unter Vorsitz von Staatssekretär Westrick vorbehalten. In diesen wurde freilich klar, daß sich der Bergbau vergeblich Hoffnungen machte auf dirigistische staatliche Hilfsmaßnahmen wie eine Finanzierungshilfe für die Halden, Importlizenzen für Auslandskohle und Zölle oder neue Steuern auf Heizöl.

Bonn empfahl den Beteiligten, sich zu *freiwilligen Absprachen* zusammzusetzen. Dabei mag eine weitere Verminderung der amerikanischen Kohleneinfuhren – im ersten Halbjahr blieben sie schon um 1,2 Millionen Tonnen hinter dem Vorjahrsumfang zurück – erreicht werden. Heizöl zieht bereits seit Juli an, da die internationalen Mineralölgesellschaften offenbar unter dem Eindruck der Nahostkrise, ihren scharfen Wettbewerb um den deutschen Markt früher als ursprünglich beabsichtigt einstellen wollen. Das wird wohl zu einer fünf- bis zehnpromzentigen Korrektur der vorher zum Teil unter den Gesteungskosten liegenden Heizölpreise führen. Für die Verbraucher, die auf Grund des billigen flüssigen Brennstoffes ihre Feuerungen umstellten, ist das ebenso schmerzlich wie es dem Bergbau erwünscht ist. Ob darüber hinaus – wie man mancherorts behauptet – das deutsche Heizölangebot etwa bis zum Jahresende um 15 Prozent verringert und der geplante starke Ausbau der Raffinerien über eine längere Zeit verteilt wird, bleibt abzuwarten. Es scheint, daß die Mineralölwirtschaft zwar den Bergbau als Energieträger Nummer 1 anerkennt, daß sie aber gegen Sonderrechte ist und grundsätzlich gleiche Wettbewerbschancen wünscht.

Der Bergbau wird sich also die Konkurrenz nicht leicht vom Halse schaffen können. So ist es an der Zeit, daß man in den Revieren die verführerische *Bequemlichkeit des Naturschutzparkes endgültig aufgibt und daß man neue Wege* einschlägt. Gewiß haben die Zechen die für sie günstige Marktlage der Hochkonjunktur auf Grund politischer Bindungen kaum nützen können. Damit wird die jetzige Forderung politischer, vorübergehender Hilfe begründet. Überwiegend ist aber die Kostenlage des Bergbaus keineswegs so, daß Kohle mit Verlust gefördert wird. Deshalb sollte man auch nicht zu viel von drohenden „roten Bilanzahlen“ sprechen, die nur den Anhängern einer Verstaatlichung des Bergbaues Auftrieb geben. Die Verbraucher verstehen es schwer, warum die Zechen die Haldenvorräte nicht durch *Preisnachlässe* zumindest in Höhe der Lagerkosten von 5 bis 8 Mark für die Tonne Kohle räumen. In Essen führt man hiergegen an, beabsichtigte Rabatte müßten vier Wochen vorher der Hohen Behörde der Montanunion gemeldet werden – man sollte eine Revision dieser Bestimmung anstreben – und in der Zwischenzeit sei überhaupt nichts abzusetzen.

Über diese aktuelle Frage hinaus ist das große Problem, künftig den *Marktanteil* der Kohle zu halten. Bisher deckt der Bergbau rund 80 Prozent des westdeutschen Energiebedarfes, was praktisch einem Verkaufsmonopol recht nahe kommt. Die jüngste Entwicklung sollte den Bergbau veranlassen, durch weitere technische Konzentration und endliche Schließung unrentabler Randzechen die Kosten so weit zu drücken, daß wenigstens bescheidene Preissenkungs-Reserven entstehen. Was früher als Raubbau galt,

nämlich nur rentable Flöze abzubauen, ist heute das Gebot jener aktuellen, *beweglichen Politik*, die der Bundeswirtschaftsminister bis jetzt beim Bergbau vermißte.

Professor Erhard, der eben aus dem Urlaub zurückkehrt, hat keine Zweifel darüber gelassen, daß er grundsätzlich an einer *liberalen Energiepolitik* festhält und daß auch der Grundstoff Kohle nicht vom Wettbewerb ausgenommen werden kann. Trotzdem soll alsbald über marktwirtschaftliche Möglichkeiten des Haldenabbaus diskutiert werden. Bonn hat bereits die Laufzeit von Kohleneinfuhrverträgen verkürzt und man hat die Wiederausfuhr ausländischer Kohle freigegeben. Wenn wir recht unterrichtet sind, sucht der Ruhrbergbau gegenwärtig nach *neuen Sprechern*. Je aufgeschlossener die kommenden Persönlichkeiten für die Selbsthilfe-Initiative des Bergbaues sind, desto fruchtbarer wird das Gespräch der Zechenvertreter mit Vizekanzler Erhard sein.